



Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Rede zum Antrag der CDU- und FDP-Fraktion:
Neue Impulse zur nachhaltigen Reduzierung
der Langzeitarbeitslosigkeit. Finanzierung
sichern, Instrumente reformieren,
Langzeitarbeitslosigkeit reduzieren

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: (0211) 884-4408
Fax: (0211) 884-3677
E-Mail: stefan.lenzen
@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 01.12.2017

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Präsident!

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit in den letzten zwölf Jahren viel erreicht. So haben sich die Arbeitslosenzahlen von einem Höchststand 2005 mit fast fünf Millionen auf unter 2,4 Millionen halbiert. Wir erleben heute Rekordzahlen bei der Beschäftigung. Dies wäre ohne die Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 und die dadurch erhöhte Flexibilität des deutschen Arbeitsmarktes kaum möglich gewesen. Die Daten der Bundesagentur für Arbeit zeigen, dass beispielsweise Zeitarbeit eine Einstiegsmöglichkeit für Arbeitslose mit geringen Qualifikationen bietet. So erhalten viele Arbeitslose durch flexible Beschäftigung eine Chance auf dem Arbeitsmarkt.

Die Politik der Großen Koalition in Berlin hat aber in den letzten Jahren zu einer Gegenbewegung geführt. Statt den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern, steht nun der Kampf gegen den vermeintlichen Missbrauch von Arbeitsmarktinstrumenten wie Zeitarbeit im Vordergrund. Diese Fehlentscheidungen in der Arbeitsmarktpolitik werden im Falle einer nachlassenden Konjunktur oder gar Rezession die schwächsten Arbeitnehmer umso härter treffen.

Zu den Schwächsten im Arbeitsmarkt zählen aber vor allem die Langzeitarbeitslosen. Zwar ist auch die Langzeitarbeitslosigkeit in Folge der Belebung des Arbeitsmarktes durch die Agenda-Reformen zunächst zurückgegangen. Allerdings bleibt seit 2009 die Zahl der

langzeitarbeitslosen Menschen relativ konstant. Dies zeigt, dass ein verfestigter Kern der Langzeitarbeitslosen bestehen geblieben ist. Davon ist Nordrhein-Westfalen besonders betroffen. In kaum einem Bundesland ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen so hoch wie in NRW mit 42 Prozent. Mit knapp 290.000 Menschen lebt jeder dritte Langzeitarbeitslose in Deutschland in unserem Bundesland. Diese hohe verfestigte strukturelle Arbeitslosigkeit ist gerade auch eine Folge der verfehlten Politik der abgewählten rot-grünen Landesregierung.

Anrede

Zum Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft ist die Chance auf Teilhabe an Arbeit unverzichtbar. Wir wollen Langzeitarbeitslosigkeit gar nicht erst entstehen lassen. Dazu setzen wir vor allem auf Ausbildung und Qualifizierung. Wir wollen mit Hilfe von Instrumenten wie modularen Ausbildungen oder der verstärkten Förderung von Weiterbildung mehr Menschen Perspektiven zur Qualifizierung eröffnen.

Ebenso sollen sich eigene Anstrengungen beim Weg aus der Arbeitslosigkeit auch lohnen. Mit einer Neugestaltung der Freibeträge und Anrechnungssätze für eigenes Einkommen im SGB II können wir Menschen motivieren, die Bedürftigkeit Schritt für Schritt zu verlassen und finanziell wieder auf eigenen Beinen zu stehen. Denn heute lohnt es sich kaum, mehr Stunden zu arbeiten und so auch mehr zu verdienen. Es muss insbesondere attraktiver werden, vom Mini- in den Midijob zu wechseln und dort die Stundenzahl immer mehr auszuweiten. Deshalb brauchen wir die gezielte Verbesserung der Hinzuverdienstgrenzen als einen zentralen Hebel zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit.

Anrede

Unser Ziel muss die Integration von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt sein. Wir wissen aber auch, dass ein Teil der langzeitarbeitslosen Menschen aufgrund vielfältiger Vermittlungshemmnisse von den bestehenden Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik nicht erreicht wird und faktisch vom Arbeitsmarkt abgekoppelt ist. Auch für diese Menschen setzen wir auf eine marktnahe Förderung von Beschäftigung, die zusammen mit Betrieben des ersten Arbeitsmarktes organisiert wird. Wir wollen keinen auf Dauer angelegten sozialen Arbeitsmarkt fern von der Realität betrieblicher Abläufe.

Wir brauchen eine verlässlichere Finanzierung, bei der die bereits vorhandenen Mittel von Bund und Kommunen für passive Transferzahlungen wie das Arbeitslosengeld II, die Kosten der Unterkunft und der Krankenversicherungsbeitrag zusammengefasst und auch zur aktiven Förderung von Beschäftigung genutzt werden können. Diese Mittel können mit einem an der geminderten Produktivität der Betroffenen orientierten Anteil des Arbeitgebers kombiniert werden, um so den Einstieg in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu ermöglichen. Für diesen Passiv-Aktiv-Transfer müssen auf Bundesebene die notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um einen substanziellen Beitrag zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit zu leisten. Unser Land wird sich dafür beim Bund einsetzen.